

# DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Nordrhein-Westfalen • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!  
Waffenexporte  
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

## Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

## Weniger Beitrag, mehr Leistung

Von der Solidarischen Gesundheitsversicherung profitiert die Mehrheit. **Seite 7**

## Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

## Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

## Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



## Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

## Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

## Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

**Gute Gewinne sind möglich**

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**



Interview Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

# Gerechtigkeit ist wählbar!

## Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiterso in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

# Eine bessere Zukunft für NRW



Der Kölner Dom

Die neoliberale Politik von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen hat Deutschland ungerechter gemacht. In Nordrhein-Westfalen zeigen sich die Folgen ganz besonders. In keinem anderen Bundesland ist Armut in den vergangenen Jahren so drastisch gestiegen wie hier. Für immer mehr Menschen reicht das Geld nicht mehr zur Bewältigung ihres Alltags. Ganze Regionen wie das Ruhrgebiet stürzen ab und immer mehr Menschen sind trotz Arbeit arm. Überall in

NRW sind Schulen, Straßen und andere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur marode, weil wichtige Investitionen ausbleiben. 100 000 Kitaplätze fehlen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich nicht vor den Mächtigen und Reichen wegduckt und die für die sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung kämpft. Der Schlüssel zu einer sozialen Wende ist eine Steuerpolitik, die sich endlich traut, den geradezu obszönen Reichtum gerecht zum Wohle der Mehrheit zu be-

steuern. DIE LINKE will genau das machen. Ihr Steuerkonzept würde NRW 39 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Damit lassen sich dringend notwendige Investitionen in Bildung, Gesundheit, Pflege, in Schwimmbäder und den sozialen Wohnungsbau finanzieren. Der von LINKEN geforderte Mindestlohn von 12 Euro würde das Leben von vielen hart arbeitenden Menschen in NRW spürbar verbessern.

**Mehr dazu im NRW-Teil ab Seite 5**



Katja Kipping und Bernd Riexinger

### Liebe Wählerinnen und Wähler,

*DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.*

*Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE*

# Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

**Familien** soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

**Alleinerziehende** tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

**Erwerbstätige** sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

**Erwerbslose** brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

**Mieterinnen und Mieter** sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

**Rentnerinnen und Rentner** hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

**Pflegekräfte** sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

**Studierende** sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: [www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm](http://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm)

## Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

### DIE LINKE will

- 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
- Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
- mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
- Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

# »Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

## Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

**Sahra Wagenknecht:** Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

## Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

**Wagenknecht:** In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

**Dietmar Bartsch:** Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

## Worin besteht dieser?

**Bartsch:** Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

## Wie kann das gelingen?

**Wagenknecht:** Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

**Bartsch:** Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

**Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...**

**Bartsch:** ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

**Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?**

**Wagenknecht:** Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

**Bartsch:** Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«  
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

**Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?**

**Wagenknecht:** Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

**Bartsch:** Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

**Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?**

**Bartsch:** Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns. **Wagenknecht:** CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

**Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?**

**Wagenknecht:** DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

**Bartsch:** Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



**Dietmar Bartsch,** geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



**Sahra Wagenknecht,** geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

## Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



## Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

# »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

**Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren.** »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist.

Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

**Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll:** Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

**Der Mann wird einfach noch gebraucht.** In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

**DIE LINKE will**  
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

## Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

**DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden.** »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.





# Auf einen Blick

Große Probleme	LINKE-Lösungen
<b>Armut:</b> In NRW sind 17,5 Prozent der Menschen davon betroffen (im Ruhrgebiet sogar 20,2 Prozent), darunter 450 000 Kinder, zudem viele Alleinerziehende sowie Rentnerinnen und Rentner.	■ 1.050 Euro Mindestsicherung ohne Repressionen einführen ■ Kindergeld auf 328 Euro erhöhen ■ Mindestlohn von 12 Euro pro Stunde festlegen.
<b>Investitionsstau:</b> 7 Milliarden Euro fehlen für kaputte Schulgebäude, 30 Milliarden Euro für Straßen und Brücken und 3,6 Milliarden Euro im Nahverkehr bei Straßenbahnen und U-Bahnen.	■ Millionärsteuer einführen, Erbschaftsteuer reformieren, Körperschaftsteuer erhöhen und weitere Steueränderungen – das würde NRW Mehreinnahmen von 38,9 Milliarden Euro bringen.
<b>Arbeit:</b> Mindestens 500 000 tariflich bezahlte unbefristete Arbeitsplätze fehlen in NRW. Über 190 000 Menschen in NRW stecken in oft schlecht bezahlter Leiharbeit.	■ Unbefristete arbeitsplatz-feste Arbeitsplätze schaffen ■ Leiharbeitskräfte müssen den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätsgulage von 10 Prozent erhalten.
<b>Kitaplätze:</b> Über 100 000 Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren fehlen.	■ Kitaqualitätsgesetz verabschieden ■ Den Bund stärker an den Kitakosten beteiligen.
<b>Frauenhäuser:</b> Etwa 20 000 Frauen werden jährlich in NRW Opfer von häuslicher Gewalt. Frauenhäuser sind überfüllt und nicht ausreichend finanziert.	■ Ausreichend Plätze in Frauenhäusern und feste Finanzierung der Frauenhäuser garantieren.



**Mietenrebell Kalle**

Kalle Gerigk am Tag der Zwangsräumung seiner Wohnung in Köln im Jahr 2014

## »Preiswerter Wohnraum ist machbar«

Sein Kampf für die Rechte von Mieterinnen und Mietern hat den Kölner Kalle Gerigk bundesweit bekannt gemacht. Im Interview spricht der 57-Jährige über die aktuelle Wohnungsmisere und deren Lösung

### Warum finden immer weniger Menschen eine bezahlbare Wohnung?

Die Regierenden haben jahrzehntlang dem Markt freien Lauf gelassen. Öffentliche Wohnungsbestände wurden privatisiert. Neue Sozialwohnungen wurden kaum gebaut. Gerade die finanziell ausgebluteten Kommunen schielen auf Investoren, um durch den Verkauf von Wohnungen Geld einzunehmen. Private Anleger witterten im Woh-

nungsmarkt große Renditen. Das Wohlergehen der Mieter ist ihnen egal. Es geht nur um satte Profite. Davor schützt das aktuelle Mietrecht zu wenig.

**Was kann die Politik für günstigere Wohnungen tun?** Deutschland ist ein Mieterland. In den großen Städten sind 70 bis 85 Prozent der Bewohner Mieter. Wir brauchen eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Das heißt: Kommunen und Länder

Bekannt wurde **Kalle Gerigk** 2014. Nach mehr als 30 Jahren sollte er aus seiner Wohnung zwangsräumt werden. Doch er wehrte sich, machte seinen Fall publik, und ein Bündnis aus Anwohnern und Freunden konnte die erste Räumung verhindern. Seitdem ist Kalle Gerigk eine Galionsfigur des Widerstands gegen Wohnungsspekulation. Er engagiert sich Mieterinitiativen wie »Recht auf Stadt« und kandidierte für die DIE LINKE bei der Landtagswahl als Parteilooser für den Düsseldorfer Landtag.

müssen selbst bauen, statt ihre Grundstücke zu verkaufen.

### Was wünschen Sie sich vom Bundestag als Gesetzgeber?

Ich wünsche mir eine Steuerpolitik, die die öffentliche Hand finanziell besserstellt. Außerdem brauchen wir Gesetze, die den Einfluss privater Investoren auf die Wohnungspolitik begrenzen. Wir brauchen ein anderes Mietrecht mit einem besseren Schutzwahl der Mieter gegen Mieterhöhungen, Kündigungen und das Abwälzen von Modernisierungskosten. Eine solche Steuer- und Wohnungspolitik hat nur DIE LINKE im Programm. Preiswerter Wohnraum ist machbar.

**Sie sind Mitglied der Kölner Aktionsgruppe Recht auf Stadt, die Menschen in ihrem Kampf gegen Wohnungsspekulation unterstützt. Was steht da aktuell an?** Wir kämpfen derzeit gegen Mieterhöhungen des Wohnungskonzerns GAG und beteiligen uns seit dem 1. Mai an der bundesweiten Wohnungsoffensive des Recht-auf-Stadt-Netzwerks.

## Mehr Geld für Kitas und Schulen

DIE LINKE setzt sich für gebührenfreie Bildung ein

Viele der landesweit mehr als 250 000 Beschäftigten in den NRW-Bildungseinrichtungen gehen täglich an ihre Grenzen: Sie wollen den hohen Anforderungen in ihrem Beruf gerecht werden und Kindern und Schülern die beste Bildung zukommen lassen. Doch die Verhältnisse in Kitas, Schulen und Universitäten stehen dem im Wege, denn der Staat investiert viel zu wenig Geld in die Bildung. Ganz besonders wenig in NRW. Vielerorts sind die Schulen marode und im bundesweiten Vergleich hat NRW die größten Schulklassen und die schlechteste Versorgung mit Kitaplätzen. Zudem arbeiten immer mehr Beschäftigte zu niedrigen Löhnen und unsicheren Bedingungen. Ein Weiterso kann es aus Sicht der LINKEN

nicht geben. Ihr Grundsatz lautet: Gute Bildung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss ausreichend vom Staat finanziert werden. Deswegen setzt sich DIE LINKE für eine erheblich bessere Finanzierung der Bildungseinrichtungen ein, bei der Bund und Länder zusammenarbeiten sollen und die Personalausstattung den Bedürfnissen für gutes Lernen anpasst wird. **Das Ziel der LINKEN ist die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni.** Im Vordergrund soll dabei die individuelle Förderung für alle stehen, statt Selektion und Benachteiligung; zudem gilt es, die maroden Gebäude zu sanieren und durch Neubauten zu erweitern und flächendeckend im Land für gute Ganztageseinrichtungen zu sorgen.

### DIE LINKE will

- einen Neustart für den öffentlichen, sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau, jährlich mindestens 250 000 neue Sozialwohnungen
- Privatisierung von öffentlichen Grundstücken und Wohnungen stoppen
- Wohnungen zurück in die öffentliche Hand bringen, dafür soll ein Rekommunalisierungsfonds aufgelegt werden
- eine wirkliche Mietpreisbremse, die flächendeckend,

- unbefristet und ohne Ausnahme gilt
- den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter verbessern. Kündigungen wegen Eigenbedarf der Wohnungseigentümer müssen strenger reguliert werden, Mietminderungen dürfen kein Kündigungsgrund mehr sein und Kündigungen sind unzulässig, wenn Rückstände bei der Miete beglichen sind
- Zwangsräumungen verhindern.
- Das Recht auf Wohnen gehört ins Grundgesetz.



Alle Kinder haben eine gute Bildung verdient.

# Diagnose Personalmangel

Mindestens 40 000 Pflegekräfte fehlen an NRW-Krankenhäusern, darunter leiden Patienten und Beschäftigte

Klinikalltag in Deutschland: Nachtschicht auf einer Station, 49 Patientinnen und Patienten, davon 22 absolut pflegebedürftig, zwei verwirrt, drei ungeplante Notaufnahmen. Verantwortlich für all diese Patienten ist eine einzige Krankenschwester, plus eine Pflegekraft als Springer, die auf mehreren Stationen gleichzeitig eingesetzt wird. In einer Gefährdungsanzeige notiert die Schwester am Schichtende: »Die Patientensicherheit war nicht gegeben. Diese Zustände wünsche ich keinem Patienten, der zu uns kommt.«

Die Lage in den Kliniken ist katastrophal: **Aktuell fehlen bundesweit mindestens 100 000 Pflegekräfte, allein 40 000 in Nordrhein-Westfalen.** Zahlreiche Studien belegen, dass zu wenig Pflegepersonal zu mehr Komplikationen führt, zu Stürzen und Todesfällen bei Patientinnen und Patienten. Pflegeexperten sprechen von »gefährlicher Pflege«.

Doch nicht nur für Patienten sind die Zustände gefährlich. Der Krankenstand bei Pflegekräften ist extrem hoch. Viele Beschäftigte erkranken dauerhaft oder

geben ihren Job auf.

Seit mehr als 20 Jahren tobt zwischen Krankenhäusern – egal ob privat oder in öffentlicher Hand – ein gnadenloser Wettbewerb. Seine Wurzeln hat er im Vergütungssystem: Nicht die tatsächlichen Behandlungskosten werden bezahlt, sondern nur Fallpauschalen, die sich nach Diagnosen richten.

Vor allem solche Kliniken – vornehmlich in öffentlichem Besitz –, die breit aufgestellt sind und eine möglichst umfassende Versorgung bieten wollen, stehen unter extremem Kostendruck.

Die Krankenhauslandschaft hat das enorm verändert. Zahlreiche Krankenhäuser wurden geschlossen, und überall wird der Kostendruck auf das Personal abgewälzt. Zudem sind immer mehr Einrichtungen privatisiert worden. Dort arbeiten die Beschäftigten meist unter noch schlechteren Bedingungen.

Doch der Zweck eines Krankenhauses sollte nicht Gewinnmaximierung sein, sondern die Versorgung der Menschen

mit notwendigen stationären Leistungen. **Da eine gute Gesundheitsversorgung auch eine solide finanzielle Basis braucht, hat DIE LINKE das Konzept einer Solidarischen Gesundheitsversicherung entwickelt** (siehe Artikel rechts). Diese würde nicht nur für eine Finanzierung des Gesundheitswesens sorgen, sondern auch für mehr Gerechtigkeit bei den Beiträgen.

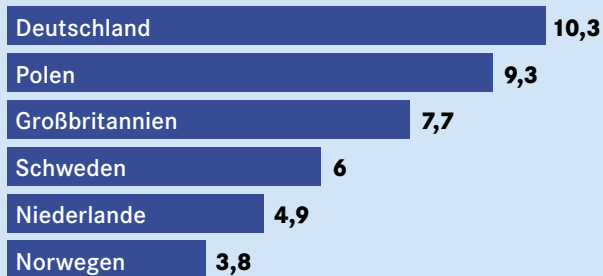
Zudem lehnt DIE LINKE die Privatisierung von Kliniken ab und kämpft für eine gute Versorgung der Kranken und gute Arbeitsbedingungen in den Kliniken. Deshalb fordert sie ein Gesetz, das eine Mindestzahl an Pflegekräften auf Krankenhausstationen festlegt.



Michael Breyer

## Pflegepersonal im europäischen Vergleich

Anzahl der Patientinnen und Patienten, die eine Pflegekraft im Jahr 2015 im Durchschnitt betreuen musste



Quelle: ver.di

## DIE LINKE will

- eine gesetzliche Personalbemessung einführen, um die Qualität der Arbeit und der Versorgung wirksam und schnell zu erhöhen
- eine solide und verlässliche Krankenhauspolitik etablieren, die sich am Gemeinwohl orientiert und den Druck von den Krankenhäusern nimmt
- Fallpauschalen abschaffen
- eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung einführen, die die Basis für eine solide Finanzierung, eine gute Versorgung der Menschen und eine gute Bezahlung der Pflegekräfte schafft.

## NRW kann Integration

Politik muss für soziale Sicherheit, Bildung und Arbeit sorgen



Integration am Arbeitsplatz

Seit Jahrhunderten sind das Rheinland und Westfalen Einwanderungsgebiete. In den 1960er Jahren kamen mehrere Hunderttausend Arbeitsmigranten, die mit ihren Familien hier heimisch wurden. Anfang der 1990er Jahre flohen viele Menschen vor den Kriegen in Jugoslawien nach Nordrhein-Westfalen. **NRW kann Integration. Die Politik muss allerdings die Bedingungen dafür schaffen.** Mangel an Wohnraum, wachsende Armut und Zukunftsängste wie derzeit schaffen den Nährboden für Rechtspopulismus und Rassismus. Was gebraucht wird, sind soziale Sicherheit, gute

Bildung und Arbeitsplätze für alle hier lebenden Menschen. Mehr als zwei Millionen Menschen in NRW sind nicht eingebürgert und werden durch Sonderregelungen benachteiligt. DIE LINKE will die volle rechtliche Gleichstellung durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.

Ob »Kein Kölsch für Nazis« oder »Dortmund stellt sich quer«: DIE LINKE ist dabei, wenn sich die Menschen vor Ort zusammenschließen gegen rechte Parolen. Gemeinsam mit der großen Mehrheit im Land sagen wir: Hier ist kein Platz für Rassismus, Hass und Gewalt.

## Kohleausstieg sozial

LINKE fordert 250 Millionen Euro für den Strukturwandel



Früher Zeche, heute Landschaftspark: die Pattberghalde

# Weniger Beitrag, mehr Leistung

Die Mehrheit der Bevölkerung profitiert von der Solidarischen Gesundheitsversicherung



Krankenkassen basieren auf dem Prinzip der Solidarität: Persönliche Risiken werden gemeinschaftlich getragen, damit jede und jeder unabhängig vom Einkommen oder der Lebenssituation den gleichen Anspruch auf eine gute Behandlung im Krankheitsfall hat. Doch zahlreiche Gesetzesänderungen haben das Prinzip der Solidarität untergraben – mit fatalen Folgen für die Versicherten. Seit Jahren steigen die Beiträge zur Krankenversicherung, und für Zahnersatz, Medikamente, Physiotherapien, Fahrten und Krankenhausaufenthalte fallen

Zuzahlungen an. Steigende Kosten müssen allein die Versicherten tragen. Der Arbeitgeberanteil hingegen ist eingefroren.

**Die Finanzierung ist ungerecht: Wer sehr gut verdient, zahlt einen kleineren Anteil von seinem Einkommen für die Krankenkasse als Menschen mit einem geringen Einkommen.** Menschen mit hohem Einkommen, Selbstständige und Beamte können sich der Solidarität entziehen und sich privat versichern. Deshalb gibt es die Zweiklassenmedizin: Privatpatienten bekommen Einzelzimmer, Chef-

arztbehandlung und schneller einen Arzttermin. Diese Ungerechtigkeit will DIE LINKE beenden. Sie hat ein alternatives Modell entwickelt: die Solidarische Gesundheitsversicherung. Die Höhe des Krankenkassenbeitrags richtet sich nach dem jeweiligen Einkommen. Wer viel Einkommen hat, zahlt viel. Wer wenig hat, zahlt wenig. Und wer keins hat, zahlt nichts. Arbeitgeber sollen zudem wieder die Hälfte der Krankenkassenbeiträge der Beschäftigten zahlen. Das Prinzip der LINKEN-Gesundheitsversicherung: Alle zahlen ein, damit

es für alle besser und bezahlbar wird. Deswegen sollen alle Menschen, die in Deutschland leben, Mitglied dieser Versicherung werden, auch Selbstständige, Abgeordnete sowie Beamtinnen und Beamte. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: **Bei der von den LINKEN vorgeschlagenen Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen Menschen mit einem Einkommen von bis zu 6.250 Euro brutto im Monat weniger Beiträge als bisher, bekommen aber mehr Leistung im Krankheitsfall.** Zusatzbeiträge und Zuzah-








lungen entfallen. Damit lässt sich eine hochwertige medizinische Versorgung für alle Menschen finanzieren und die Zweiklassenmedizin abschaffen.



**Beitragsrechner**  
Finden Sie heraus, welchen Beitrag Sie bei der Solidarischen Gesundheitsversicherung zahlen müssen: [beitragsrechner.linksfraktion.de](http://beitragsrechner.linksfraktion.de)

## Das bringt die Solidarische Gesundheitsversicherung

So würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung verändern

	 Friseur	 Bauarbeiter	 Verkäuferin	 Krankenpfleger	 Netzwerk-administratorin	 Fachärztin	 Bundestags-abgeordnete
<b>Einkommen pro Monat (brutto)</b>	1.400 Euro	1.800 Euro	2.200 Euro	2.600 Euro	3.200 Euro	5.800 Euro	9.327 Euro
Aktueller monatlicher Beitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung	<b>117,60 Euro</b>	<b>151,20 Euro</b>	<b>184,80 Euro</b>	<b>218,40 Euro</b>	<b>268,80 Euro</b>	<b>365,40 Euro</b>	<b>365,40 Euro</b>
Neuer monatlicher Beitrag in der Solidarischen Gesundheitsversicherung	<b>81,90 Euro</b>	<b>105,30 Euro</b>	<b>128,70 Euro</b>	<b>152,10 Euro</b>	<b>187,20 Euro</b>	<b>339,30 Euro</b>	<b>545,63 Euro</b>

istockphoto.com/seewhatmitchsee, juniorbeep, CTRPhotos

## Strukturwandel gestalten

Strukturwandel, um neue Arbeitsplätze zu schaffen

Wissenschaftlich bewiesen ist: Wenn wir unser Überleben sichern wollen, dürfen wir nicht länger Kohle verbrennen, um Strom zu erzeugen. Kohlekraftwerke sind Klimakiller Nummer eins. Im rheinischen Braunkohlerevier stehen drei der fünf Kraftwerke mit dem größten CO<sub>2</sub>-Ausstoß Europas. Deswegen braucht NRW einen Braunkohle- und Steinkohleausstieg. Der letzte Kohlekraftwerksblock soll in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Dafür muss ein gesetzlich fixierter Abschaltplan erstellt werden. Dazu gehört, dass ab sofort keine Kohlekraftwerke

mehr gebaut und keine neuen Tagebaue mehr aufgeschlossen werden. Klar ist: Der Ausstieg darf nicht auf Kosten der Belegschaften gehen. Er muss durch eine entsprechende Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik abgedefert werden. **DIE LINKE fordert einen jährlich mit mindestens 250 Millionen Euro ausgestatteten Fonds für den Strukturwandel in den betroffenen Regionen.** Mit dem Geld sollen Kohlearbeitsplätze unter anderem in den Erneuerbare-Energien-Sektor überführt und die im Bergbau arbeitenden Menschen abgesichert werden.

## Atomausstieg auch für NRW

Noch gibt es unkalkulierbare Strahlungsrisiken

Was kaum einer weiß: Die Uranfabrik in Gronau ist vom Atomausstieg ausgenommen und darf unbefristet Brennstoff für Atomkraftwerke in aller Welt herstellen. Zu den Kunden zählen die maroden Atommeiler in der belgischen Nachbarschaft. **Damit ist das GAU-Risiko auch made in NRW.** Uran aus Gronau bedeutet zudem: Auf unbestimmte Zeit gibt es geheime Atomtransporte und damit Strahlenrisiken quer durch NRW. Damit diese unkalkulierbare Gefahr ein Ende findet, muss in NRW und beim Bund Druck gemacht werden! Der Atomausstieg muss



istockphoto.com/monkeybusinessimages

auch für die Uranfabriken in Gronau und Lingen gelten und das marode AKW Tihange in Belgien sofort stillgelegt werden. **Zudem ist dringend mehr Sicherheit beim Umgang mit dem hochradioaktiven Atomerbe geboten.** In Jülich ist das bestehende Zwischenlager nicht mehr sicher. Dort lagern 152 Atommüllbehälter. Sie sollen in die USA exportiert oder quer durch NRW in das ebenfalls unzureichend gesicherte Zwischenlager in Ahaus verfrachtet werden. DIE LINKE fordert stattdessen den sofortigen Neubau einer sicheren Lagerhalle in Jülich.



# Kandidatinnen und Kandidaten aus NRW zur Bundestagswahl

**Landesliste für die Bundestagswahl**



**Platz 1**

**Sahra Wagenknecht**  
Düsseldorf

»DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich mit den Reichen und Mächtigen anlegt.«



**Platz 2**

**Matthias W. Birkwald**  
Köln

»Wir brauchen wieder eine anständige Rente, von der man leben kann.«



**Platz 3**

**Sevim Dağdelen**  
Bochum

»Für Frieden und soziale Gerechtigkeit braucht es eine starke LINKE.«



**Platz 4**

**Andrej Hunko**  
Aachen

»Der Internationalismus ist für DIE LINKE Teil unserer DNA.«



**Platz 5**

**Ulla Jelpke**  
Dortmund

»Das Asylrecht und die Bürgerrechte verteidigen.«



**Platz 6**

**Niema Movassat**  
Oberhausen

»Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.«



**Platz 7**

**Kathrin Vogler**  
Kreis Steinfurt

»Für ein solidarisches Gesundheitswesen, in das alle einzahlen.«



**Platz 8**

**Hubertus Zdebel**  
Münster

»Das Soziale und das Ökologische im Zusammenhang denken.«



**Platz 9**

**Sylvia Gabelmann**  
Siegen

»Konsequente Friedenspolitik ist wichtiger denn je.«



**Platz 10**

**Alexander Neu**  
Rhein-Sieg-Kreis

»Angeblich ist kein Geld für die Menschen da – aber für die Bundeswehr.«



**Platz 11**

**Ingrid Remmers**  
Gelsenkirchen

»Nur Reiche können sich arme Kommunen leisten.«



**Platz 12**

**Friedrich Straetmanns**  
Bielefeld

»Voraussetzung für Gerechtigkeit ist, dass jeder von seiner Arbeit leben kann.«

Platz 13:

**Hannah Bruns**  
Bochum

Platz 14:

**Zeki Gökhan**  
Rhein-Erft-Kreis

Platz 15:

**Gabriele Halili**  
Aachen

Platz 16:

**Michael Bruns**  
Kreis Soest

Platz 17:

**Ingeborg Mohr-Simeonidis**  
Oberbergischer Kreis

Platz 18:

**Heiner Baether**  
Rhein-Kreis Neuss

Platz 19:

**Ursula Jacob-Reisinger**  
Kreis Lippe

Platz 20:

**Marvin Millen**  
Märkischer Kreis

Platz 21:

**Özlem Ates**  
Duisburg

Platz 22:

**Gernod Röken**  
Coesfeld

Platz 23:

**Sandra Bücken-Kramps**  
Recklinghausen

Platz 24:

**Diyar Agu**  
Oberbergischer Kreis

Platz 25:

**Eleonore Lubitz**  
Ennepe-Ruhr-Kreis

Platz 26:

**Ansgar Simon**  
Kreis Höxter

Platz 27:

**Ursula Kappeler**  
Kreis Gütersloh

Platz 28:

**Philipp Applegate**  
Köln

Platz 29:

**Helga Ebel**  
Aachen

Platz 30:

**Karl-Heinz Hugo**  
Aachen

**Kontakt**

DIE LINKE.  
Nordrhein-Westfalen  
Alt-Pempelfort 15  
40211 Düsseldorf  
Telefon: 02 11/70 06 00 00  
www.dielinke-nrw.de



# Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

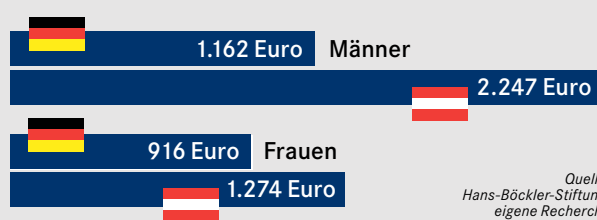
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

**Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich**  
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



## Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«  
**Bernd Riexinger,**  
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



## Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

## Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

**DIE LINKE will**

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



## Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

## Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

# Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profiteure der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«  
*Katja Kipping,  
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

### DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

# Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.

# Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertgremien berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

**DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt.** Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

Top Ten der Spender aus der Wirtschaft							
Zahlungen 2011 bis 2015*	DIE LINKE	Grüne	FDP	SPD	CSU	CDU	
vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie	0	165.000	360.000	220.000	2.066.642	0	
BMW	0	113.818	418.186	324.225	437.594	797.989	
DVAG (Finanzbranche)	0	60.000	343.000	125.000	0	1.563.000	
Daimler	0	210.000	170.000	600.000	210.000	600.000	
Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie)	0	390.000	330.000	280.000	0	651.000	
VCI Verband der Chemischen Industrie	0	63.500	208.000	269.000	0	459.000	
Evonik (Chemieindustrie)	0	0	160.000	360.000	75.000	310.000	
Allianz	0	170.001	130.001	170.001	140.001	170.001	
Dr. August Oetker KG	0	22.000	55.000	22.000	64.000	606.000	
Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband)	0	45.000	170.000	120.000	0	395.000	
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>1.239.319</b>	<b>2.344.187</b>	<b>2.490.226</b>	<b>2.993.237</b>	<b>5.551.990</b>	

\* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: **»Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt.** Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungsängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

## Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis: Fairphone 2:** zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis: Diamant Fahrrad Topas Villiger:** überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis: Marx-Figur:** Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.–10. Preis: Linkes Buchpaket**



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

Stecken	LINKE-Politikerin (Vorname)	LINKE-Politiker	Beinkleid	Laubbaum	Laut	Fläche	Behauptung
7			Früchte			Waldtier	6
Anrede	Gebäude Imperium (engl.)			Mittel-europäer		13	Abbau von Waffen
			bibl. Garten			Tierkadaver	
laot. Fluss							
				1	8		
				4	2	1	9
Scheibe (engl.)	Internat am Bodensee					3	Weißfisch
				9		1	8
			6	7	9	8	2
				4	7	3	6
Segelstange				5	1	3	6
					4	2	
			1	2		8	4
Gallertmasse	nieder-sächs. Fluss			jamaik. Musikstil	Hirtengott span. Strom	Zorn (lat.)	Schwimmvogel
				Hautfalte		Habe	
							Teil des Mittelmeers
							Nachrichtensatellit
Volks-herrschaft	Lichtbild	Ganove					trop. Kröte
							Näh-zubehör
				Programmier-sprache	Weidwerk Nordwest-europäer		jap. Buddhis-mus
Säugetier	röm. Fußball-club					Medizi-ner	
LINKEN Kern-kompe-tenz	Pumuckls Meister					Geburts-ort von Marx	
						Roman von Zola	

## Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: [www.die-linke-spende.de](http://www.die-linke-spende.de)

## Die Hürde!

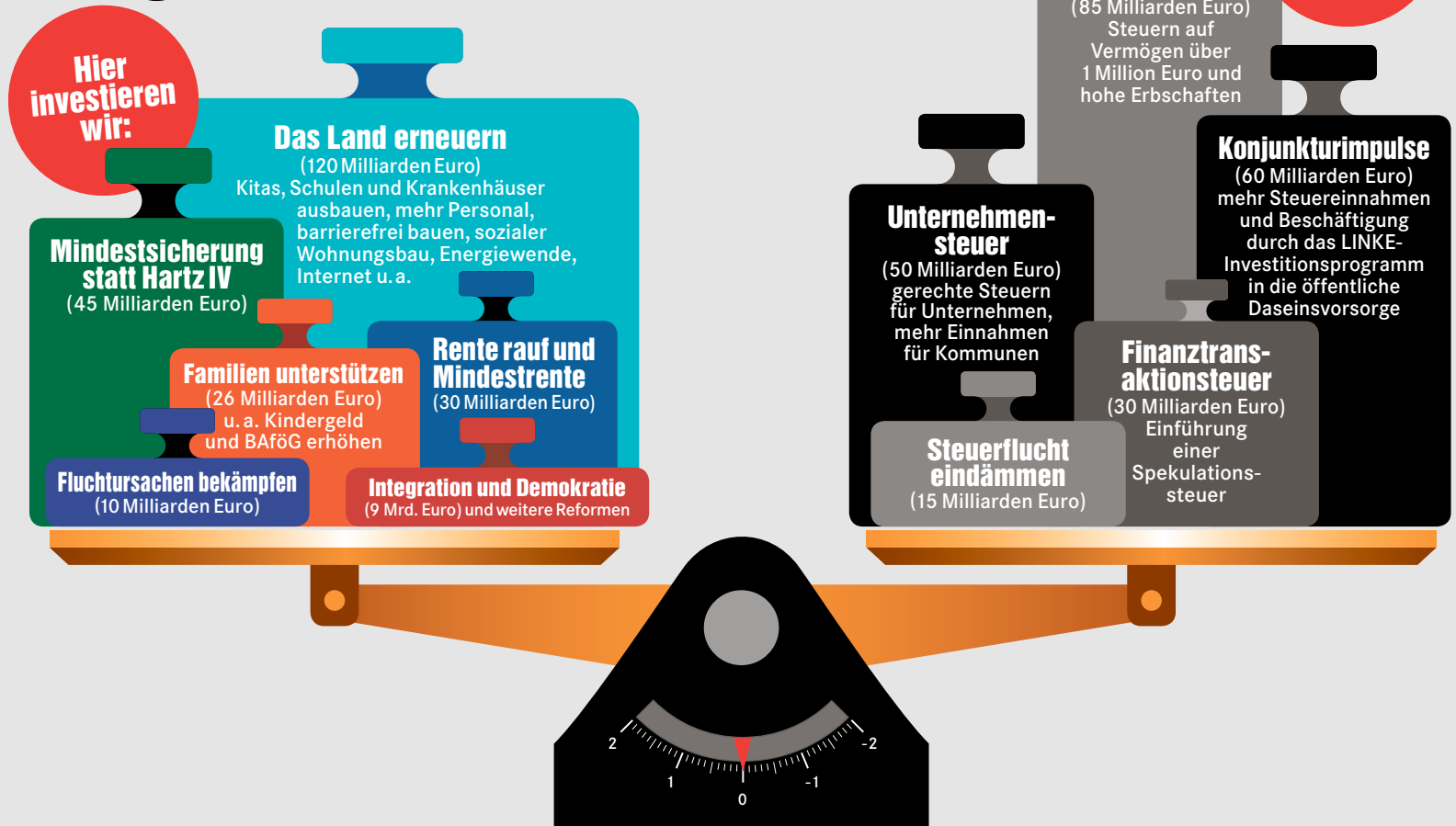
Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

**Kombi-Miniabo:** 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für 9,90 €

Tel. (030) 29 78 18 00 [neues-deutschland.de/abo](http://neues-deutschland.de/abo)

Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage NRW: 1 000 000, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE 030 / 24 00 99 99, [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

# So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



## Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungsteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



### Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



**Egreif Partei für eine bessere Zukunft!**  
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:  
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
linksaktiv@die-linke.de  
Telefon: 030/24009-111  
**www.linksaktiv.de**